UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

2. Ausgabe/ Juni. 2023

WARME WORTE UND EIN SCHLAG INS GESICHT!

Die Corona Pandemie hat mit jeder einzelnen Infektionswelle gezeigt, wie fragil unser Sozialsystem ist. Die Hospitalisierung war damals ständiges Thema oder anders rum, die ungenügende Anzahl an Intensivbetten. Grund dafür war nicht die irreführende Bezeichnung der freien Betten, denn Betten gab es immer genug. Es war das Personal, dass es schlicht nicht gab.

Die Corona Pandemie ist beendet, aber der Personalmangel hat Göttingen weiterhin schwer im Griff. Er hat sich sogar deutlich ausgeweitet. Kitas schließen regelmäßig früher oder machen gar nicht erst auf, ganze Buslinien werden gestrichen, weil niemand den Bus bewegen kann. Um ein Auto zuzulassen, musste man teilweise monatelang warten. Pflege-, Reinigungs- und Servicekräfte werden überall gesucht.

Als es 2020 mit Corona losging, überschlugen sich die Danksagungen und Versprechungen für die sogenannten systemrelevanten Berufsgruppen im öffentlichen Dienst. Verändert hat sich wenig – die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst oder regional bei der UMG Klinikservice zeigen das nur allzu deutlich. Aber auch die Zahlen sprechen für sich.

Die Arbeit verdichtet sich immer mehr. Im öffentlichen Dienst gibt es 360.000 unbesetzte, aber notwendige Stellen. Doch anstelle sie zu besetzen, wurden seit 1991 500.000 Stellen abgebaut. Das sind 10% des Gesamten! Jede 3 Neueinstellung ist immer noch befristet, und das obwohl jeder Vierte im öffentlichen Dienst über 55 ist.

Der öffentliche Dienst ist nicht mehr attraktiv, von der Mär des sicheren Arbeitgebers wollen wir gar nicht erst anfangen. Junge Leute, die in den Dienststellen der öffentlichen Hand ausgebildet werden, gehen danach schleunigst in die freie Wirtschaft. Den dort lockt das bitter nötige Geld, während in ihren Ausbildungsbetrieben weiterhin viel Arbeit für wenig Geld verrichtet wird.

Der Staat handelt nicht und er wird auch nicht handeln, solange in den Dienststellen die Arbeit weiter erledigt wird. Solange der Laden läuft, gibt es auch keinen Handlungsbedarf. Die hohen Krankenstände und Personallücken, die daraus resultierenden Einschränkungen unseres Sozialsystems, sind aber ein Ausdruck der Arbeitsverdichtung und vor allem ein Zeichen für die Belastung des öffentlichen Dienstes. Die einen werden krank -manche davon dauerhaft - andere verlassen den öffentlichen Dienst. Die, die bleiben, stehen für den kaputtgesparten Laden gerade. Möge uns die Personaldecke nicht auf den Kopf fallen.

(tb)

NICHT WEGWERFEN! Diese Zeitung ist für Dich!

Unsere Zeitung ist kein Werbeblatt, das besser in die Tonne wandert. Wir wollen nichts verkaufen, auch keine Daten abgreifen. Wir schreiben für Leute wie uns. Leute, die von ihrer Arbeit, von Stütze oder Rente leben müssen. Leute, die zur Miete wohnen. Leute, die mit ihrem Geld keine großen Sprünge machen können und trotzdem immer draufzahlen müssen. Leute, die sich von der Politik nichts mehr versprechen. Leute, die nicht alles glauben, was so erzählt wird und Leute, die die Schnauze voll haben.

GESUNDHEIT DARF KEINE WARE SEIN!

Selbst dem konservativen „Göttinger Tageblatt“ wurde es zu viel: „Immer mehr Investoren kaufen Arztpraxen“ beklagt das Blatt und schreibt: „Wo sich Geld verdienen lässt, sind Investoren nicht weit. Schließlich ist es eines der Prinzipien der freien Marktwirtschaft, Profit zu machen. Gewinne lassen sich auch im Gesundheitssektor erzielen.“

Auf der einen Seite schlagen sich viele Arztpraxen vor allem auf dem Lande mit viel zu geringen Erstattungssätzen zum Beispiel für geduldige Gespräche und Untersuchungen ihrer Patienten herum und rutschen oft deswegen ins Minus. Auf der anderen Seite wirken die von der Gesundheitslobby erzielten hohen Erstattungssätze für maschinenaufwendige High-Tech-Medizin wie ein Köder für die Profitgeier in Weiß: In der Augenheilkunde können sie mit oft unnötigen Untersuchungen das große Geld machen. So verdrängen dort internationale Investoren die alteingesessenen Ärzte, für die nicht teure Geräte, sondern die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen. Solche Investoren stehen beispielsweise hinter der „Augenklinik Dr. Hoffmann“ am Steinsgraben.

Wer dann von seinem Haus- oder Facharzt in eine der Göttinger Kliniken überwiesen wird, kommt medizinisch oft vom Regen in die Traufe. Ein „Gespenst des Kahlschlags“ nannte kürzlich der Personalratsvorsitzende der „Universitätsmedizin Göttingen“ (UMG) den vom Vorstand aus Kostengründen verhängten Einstellungsstopp. Augenwischerei sei es, darauf hinzuweisen, daß es trotz der finanziellen Probleme der UMG keine sogenannten „betriebsbedingten Kündigungen“ gäbe. Denn bei rund 150 Angestellten, die dort nur befristete Verträge haben, braucht es eben keine Kündigung – die verschwinden einfach sang- und klanglos nach Auslaufen ihrer Verträge. Diese befristeten Verträge sind im medizinischen Bereich ein Skandal für sich – wer Menschen helfen soll, muß ordentlich bezahlt werden und darf keine Angst vor beruflicher Unsicherheit haben!

Fallpauschalen, durch die nicht nach medizinischer Notwendigkeit, sondern jeder „Blinddarm“, egal wie kompliziert, gleich „vergütet“ wird, sind ebenso schädlich für unsere Gesundheit.

Alle diese Übel – Investorengier nach unseren Arztpraxen, befristete Verträge, Unterbesetzung und Unterbezahlung in den Kliniken, Fallpauschalen – haben dieselbe Wurzel: Seit Jahrzehnten wird unsere Gesundheitssystem immer mehr zur Profitquelle statt dem Menschen zu dienen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen klipp und klar: Gesundheit darf keine Ware sein. Wir wollen, daß die privaten Investoren vielleicht Gummibärchenfabriken, aber keine Kliniken und keine Arztpraxen kaufen dürfen. Die Kliniken gehören vergesellschaftet und sollen in die Hand der Kommunen oder des Landes überführt werden. Ihnen wird dann entsprechend der medizinischen Erfordernisse das notwendige Geld zugewiesen. Die niedergelassenen Ärzte sollen ebenfalls nach den dort anfallenden medizinischen Notwendigkeiten ihre Kosten erstattet bekommen und nicht den heißen Atem internationaler Investoren im Nacken ertragen müssen.

Kurz und gut: Gesundheit darf keine Ware sein – sie gehört in gesellschaftliche Hand!

(ms)

Liesels Gänschen wundert sich:

Wenn Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen, warum steigen dann trotz Arbeitskräftemangel die Löhne nicht?

Gute Frage…

STREIK IN DER UMG-KSG

Seit Monaten streiken die Kolleg*innen der Klinikservicegesellschaft (KSG) an der Uniklinik. Dieser ausgegliederte Teil der UMG-Belegschaft kämpft für eine Angleichung an den Tarifvertrag der Länder (TV-L), der für die UMG-Belegschaft gilt, mindestens aber ein Lohnplus von 20%. Die Ausgliederung bedeutet auch innerhalb der KSG eine Lohndifferenz von bis zu 40% zwischen KSG-Beschäftigten und UMG-Beschäftigten.

Die Auseinandersetzung geht zu Ende und es deutet sich eine Niederlage für die Streikenden und die anderen Beschäftigten an. Die Niederlage besteht nicht nur darin, dass die Tarifforderung nicht erreicht wird. Sie besteht auch darin, dass im Herbst die Lohndifferenz zur restlichen UMG-Belegschaft wahrscheinlich noch größer wird.

Die Niederlage hat aber ein System. Eine Angleichung an den TV-L darf es aus Sicht der Landespolitik und des UMG-Vorstandes nicht geben. Das würde jede Ausgliederung und damit weitere Angriffe auf die Kernbelegschaft der UMG überflüssig machen. Denn der Zweck der politisch gewollten Ausgliederungen ist das Senken von Personalkosten, also Lohndrückerei als Sparmaßnahme. Für die Regierenden in Hannover (SPD, Grüne und in Erweiterung CDU/FPD) ist daher klar, dass die Streikenden nicht gewinnen dürfen. Insofern war die Göttinger SPD konsequent, als sie sich im Stadtrat einer Solidaritätserklärung mit den Streikenden verweigerte. Die Grünen dagegen nahmen diese gratis Werbung gerne mit, unterstützen aber auf Landesebene die Sparpolitik an allen Landeseinrichtungen (siehe die Sparpolitik an der Uni). Ein Sieg der Streikenden hätte Schule gemacht und sowohl die Beschäftigten der UMG-Gastro und UMG-Facility, weitere UMG-Tochtergesellschaften, wie die UMG-Belegschaft ermuntert, höhere Löhne zu fordern und durchzusetzen.

Die Niederlage ist nicht vom Himmel gefallen. Der Gegner, in Gestalt der KSG-Geschäftsführung und des UMG-Vorstands, hat nichts unterlassen. Mit Druck auf die Tränendrüsen wurde wegen vermeintlicher Patientengefährdung eine Notdienstvereinbarung verweigert. (In NRW streikten 6 Kliniken 77 Tage für die Entlastung und das war möglich.) Auf Einzelne wurde Druck zum Streikbruch mittels „Dienstverpflichtung“ ausgeübt. Nicht zuletzt wurde mit Neuausschreibung und Fremdvergabe mancher Tätigkeiten, wie etwa der Reinigung des Zentral-OPs, gedroht.

War es alles umsonst? Wer Sport betreibt, weiß, um zu gewinnen, muss man lange trainieren. Die KSG wurde 2005 ausgegliedert. 2019 wurde ein Haustarif erkämpft. 14 Jahre lang gab es kein Haustarif, mit allem was damit an schlechten Arbeitsbedingungen verbunden ist. Aber es bedeutet auch, dass 14 Jahre nicht trainiert wurde. Trainieren bedeutet hier nichts anderes als Organisieren und regelmäßig kämpfen. Die nächste Tarifrunde nach dieser Niederlage wird, wie im Sport die Schwierigste, aber konsequentes Durchziehen des Trainungsplans führt zum Gewinnen des Spiels für die Wiedereingliederung und Angleichung der Löhne im Team UMG-Belegschaft gegen das Team UMG-Vorstand (und die Landesregierungen im Hintergrund). (ajh)

JUGEND IN DER KRISE

Umgang mit dem Klimawandel -*Jugendkolumne der SDAJ Göttingen*

Die Ausbeutung des Planeten wächst aufgrund der kapitalistischen Produktionsweise in den letzten Jahren unermesslich an. Die Jugend trifft es besonders schwer: Artensterben, Naturkatastrophen und die stetige Erwärmung wecken ein Gefühl der Perspektivlosigkeit und Wut in vielen jungen Menschen. Dies äußert sich in den weiter wachsenden Protesten gegen die Entscheidungen der Regierenden, die trotz Katastrophen, ersten Klimaflüchtlingen und Unruhen den Interessen des Großkapitals verpflichtet sind; Lützerath wird abgebaggert, E-Autos nur wenn sie profitabel sind, Heizungsumbau auf Kosten der Arbeiter*innen.

Es ist nicht verwunderlich, dass diese Politik wütend macht. Fridays for Future, Endfossil:Occupy! und die Letzte Generation, um nur ein paar zu nennen, zeigen auch in Göttingen, dass die Jugend genug hat.

So vielfältig die Proteste sind, so schwierig ist es auch, effektiv gegen die Machthabenden zu protestieren. Doch zeigt sich historisch, dass es die Menschen selbst sind, die die Geschichte schreiben. Daher muss jeder Protest zum Ziel haben, für die arbeitende Bevölkerung zugänglich und nachvollziehbar zu sein, um nicht an den Menschen vorbei zu handeln.

Dafür ist es besonders wichtig, die Vernetzung mit Gewerkschaften wie der ver.di und den Beschäftigten im ÖPNV zu forcieren, denn nur durch Einheit, gerade mit den Arbeitenden, kann Stärke erreicht werden.

Dabei dürfen wir im Protest nicht das Ziel unserer Aktion und die soziale Dimension der Klimakrise vergessen:

Unsere Forderungen dürfen nicht dazu führen, dass die Klimakrise auf den Rücken der arbeitenden Klasse abgewälzt und das Problem individualisiert wird. Nicht wir sollten auf Heizungen und Mobilität verzichten, sondern die Monopolkapitalisten auf Privatjets und Übergewinne!

Als SDAJ Göttingen beteiligen wir uns an den Protesten und vernetzen uns mit den beteiligten Gruppen, um das Grundrecht der Jugend auf „intakte Natur und Umwelt“ (Zukunftspapier SDAJ) durchzusetzen. Gemeinsam gegen die lebensfeindliche Politik der Kapitalinteressen!

Wenn du dich bei der SDAJ engagieren möchtest, oder Fragen an uns hast, melde dich gerne per Mail oder Instagram @sdaj_goettingen

GRONE: GETEILTE ERFAHRUNGEN WERDEN ZU AKTIONEN

Das Telefon klingelt kaum zweimal, da höre ich am anderen Ende der Leitung schon Hendriks Stimme: "Ja hi, was gibts?" Na das wollte ich doch ihn fragen. "Was ist los bei euch in Grone, Hendrik? Ich lese von Spielplatzmalereien und Blumen pflanzen. Schaukeln und Blümchen, sind das jetzt eure Probleme?" "Aber ja, allerdings!", sagt er. Und er erklärt mir, welchen Hintergund die Aktionen des Stadtteiltreffens der Initiative Genug ist Genug in Grone eigentlich haben. "Die LEG lässt hier einfach alles verkommen! Die Spielplätze sind eine Schande, die Vorgärten genauso!" Also haben die Leute auf dem Stadtteiltreffen die Misstände, die alle sehen können und die alle betreffen, aufgegriffen. "Die haben einen Malwettbewerb veranstaltet, bei dem Kinder ihren Traumspielplatz malen sollten, um der LEG zu zeigen, was hier eigentlich gebraucht wird." Und sie haben die Bepflanzung der Vorgärten kurzerhand selbst in die Hand genommen. "Aus geteilten Erfahrungen Aktionen werden lassen, das ist immer gut!", sagt Hendrik.

Ok, versteh ich. Es geht natürlich wieder um viel mehr.

"Und worum es hier eigentlich geht, was hier nämlich alles schief läuft, das werde ich denen am Mittwoch höchstpersönlich aber mal sowas von um die Ohren hauen!" Jetzt steh ich auf dem Schlauch. "Willst du zum Mieterbüro und Krach schlagen?", frage ich. "Nee, besser!", lacht Hendrik. "Die kritischen Aktionäre lassen mich auf der LEG-Hauptversammlung in Düsseldorf sprechen. Davor gibts erst ne Demo und dann gehe ich da rein und erzähle denen mal was von den Dauerbaustellen, von der vierzig Jahre alten Heizung, die hier neulich ausgefallen ist, von den ständigen Mieterhöhungen, dem ganzen Scheiß, der hier abläuft!" Er will ihnen auf ihrer feinen Versammlung wohl mal so richtig schön in die Suppe spucken. "Kannst du glauben! Wenn die sich hier vor Ort tot stellen, komme ich ihnen eben hinterher. Und erzähle auch gleich was über die Kampagne "Mietenstopp!", da könnte die Versammlung doch beschließen, mitzumachen." "Das glaubst du aber jetzt nicht wirklich, oder?", frage ich ich. "Ach Quatsch, natürlich nicht. Da sitzen die Großinvestoren, denen wegen der gestiegenen Zinsen und der ausgefallenen Dividende sowieso schon zu wenig Kohle fließt, die würden eher noch den letzten Euro aus den Mietern quetschen, ehe die irgendwas Menschliches machen. Aber es gibt ja auch noch Kleinaktionäre und vielleicht bringe ich ja einen zum Nachdenken.", erklärt Hendrik. "Hast recht.", sag ich.

Gemeinsam mit Aktiven des Stadtteiltreffens von Genug ist Genug hat Hendrik der Kampagne "Gemeinsam gegen Vonovia & Co." ein ausführliches Interview gegeben, das man unter folgendem Link lesen kann:
https://kurzelinks.de/fvhn

(sl)

FERIENPROGRAMM
DER KULTURTEIL

Der Sommer steht vor der Tür und damit die Frage: Wohin mit den Kindern, wenn der eigene Urlaub aufgebraucht ist? Hier ein paar Tipps:
Die Stadt Göttingen bietet verschiedene Ferienprogramme an, u.a. eine integrative Tagesbetreuung in der Heinrich-Böll-Schule vom 10. - 21. Juli und eine Mach-Mit-Aktion im Elmpark in Grone vom 10. - 28. Juli.
Buchbar sind die Angebote unter:
https://ferien-goettingen-anmeldung.de
Auch beim ASC gibt es ein umfangreiches Programm in den Sommerferien, von Wald- über Sport bis bis Dinowoche. Das ganze Programm findet man hier:
https://kurzelinks.de/jgq6
Für die Kinder ihrer Beschäftigten bietet auch die Universität ein eigenes Programm an, das sich hier einsehen lässt:
https://kurzelinks.de/k3yb

Deutsche Kommunistische Partei – Ortsgruppe Göttingen
goettingen.dkp.de
facebook.com/DKPGoettingen
goettingen@dkp.de

V.i.S.d.P.: Manfred Sohn c/o Rotes Zentrum Göttingen Lange-Geismar-Straße 2 37073 Göttingen